

BUND e.V. • Am Köllnischen Park 1 • 10179 Berlin

Frau Bundeskanzlerin  
Dr. Angela Merkel  
Bundeskanzleramt  
11012 Berlin

Prof. Dr. Hubert Weiger  
Vorsitzender

Fon: 0 30/2 75 86-4 31  
Fax: 0 30/2 75 86-4 60  
hubert.weiger@bund.net

1. Juni 2018

## Offener Brief

### Zur ambitionierten Ausgestaltung der zukünftigen CO<sub>2</sub>-Grenzwerte der europäischen Pkw-Flotte

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

die aktuellen Verhandlungen bezüglich der Novellierung der CO<sub>2</sub>-Grenzwertverordnung bedürfen einer starken Position der Bundesregierung. Wir bitten Sie, sich deshalb für ambitionierte Grenzwerte für Pkw- und leichte Nutzfahrzeuge für die Jahre 2025 und 2030 einzusetzen. Ohne schärfere Vorgaben werden die internationalen und vor allem die nationalen Klimaziele nicht eingehalten und das von der Bundesregierung ausgegebene Sektorziel für den Verkehrsbereich von minus 40 – 42 % CO<sub>2</sub> bis zum Jahr 2030 rückt in weite Ferne. Ohne ambitionierte CO<sub>2</sub>-Vorgaben werden sich die selbst gesteckten Klimaziele im Verkehr nur durch andere, verkehrsmindernde Maßnahmen wie Fahrleitungsbeschränkungen oder Steuererhöhungen erreichen lassen. Maßnahmen, die Millionen von Nutzer- und Unternehmer\*innen in ihrem täglichen Tun deutlich belasten würden.

Mit rund einem Viertel trägt der Verkehrsbereich aktuell zur CO<sub>2</sub>-Gesamtbelastung bei. Davon stammen nach Zahlen der Europäischen Umweltagentur rund 70 % allein vom Straßenverkehr. Es ist somit naheliegend, dass in diesem Sektor gehandelt werden muss. Neben der Verlagerung und Vermeidung von Personen- und Güterverkehr, sind vor allem auch Einsparungen bei den Antrieben notwendig. Bislang wurden Einsparungen durch Effizienzsteigerung im Pkw-Bereich, durch immer größere, schwerer und leistungsstärkere Fahrzeuge neutralisiert, was zu Folge hatte, dass keine tatsächlichen Treibstoffeinsparungen realisiert werden konnten.

Leider zeigen Berechnungen von uns und anerkannten Wissenschaftsinstituten, dass der aktuell zur Diskussion stehenden Vorschlag der EU-Kommission zur Fortschreibung der CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für die Jahre 2025 und 2030 nicht ausreicht, um die Klimaziele zu erreichen. Neben Verbraucherschützern und Verkehrsklubs teilen auch die Ausschüsse des Europäischen Parlaments für Industrie, für Verkehr und für Umwelt unsere Auffassung.

Um den Pfad zu einer vollständigen Dekarbonisierung des Verkehrsbereichs zu beschreiten, muss der EU-Kommissionsvorschlag dringend nachgeschärft werden. Der BUND schlägt dafür weiterhin die Festlegung von absoluten Werten vor, da die aktuell geplanten prozentualen Minderungen zu manipulationsanfällig sind. Aus unserer Sicht ist für alle in 2025 in der EU neu zugelassenen Pkw ein durchschnittlicher CO<sub>2</sub>-Grenzwert von 70 g CO<sub>2</sub>/km auf Basis des Testverfahrens WLTP notwendig. Für das Jahr 2030 fordern wir einen Grenzwert von 40 g CO<sub>2</sub>/km, der dann unter realen Bedingungen beim Betrieb der Fahrzeuge auf der Straße nachgewiesen werden muss. Denn nur wer real misst, kann auch real Treibhausgase reduzieren.

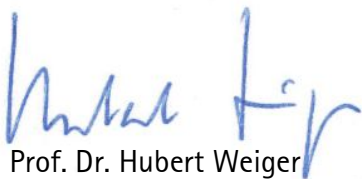
Unsere durchaus ambitionierten Forderungen sind mit den Ankündigungen der Automobilkonzerne bezüglich des geplanten Anteils von je nach Hersteller bis zu 25 % Anteil Elektroautos an allen im Jahr 2025 verkauften Fahrzeugen des jeweiligen Konzerns kompatibel. Die Bundesregierung wird mit ihrer Position zur Grenzwertgesetzgebung maßgeblich dazu beitragen, ob moderne Fahrzeuge der deutschen Hersteller mit alternativen Antrieben zukünftig in Europa verkauft und gebaut werden, oder ob die Produktion und Vermarktung vor allem in Ländern mit strikteren Vorgaben zu Verbrauch und CO<sub>2</sub>-Ausstoß der Fahrzeuge oder mit einer festen E-Autoquote geschieht.

Je früher und entschlossener die Bundesregierung den Weg zu modernen Fahrzeuge einschlägt, desto eher wird der nicht zu vermeidende Strukturwandel in der Automobilwirtschaft mitgestaltet werden können, denn Produktion geschieht vor allem dort, wo der Markt ist.

Deshalb appellieren wir an Sie, sich bei der Findung der deutschen Position zur CO<sub>2</sub>-Grenzwertverordnung an den klima-, wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Notwendigkeiten zu orientieren. Visionen müssen kurzfristiges Denken überwinden. Bitte werben Sie im Rat der Mitgliedsstaaten für eine dem Klimaschutz verpflichtete Ausgestaltung der Verordnung.

Gerne stehen wir Ihnen für einen persönlichen Austausch zum Thema zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Hubert Weiger  
Vorsitzender des BUND